



Neuer Chef in Pankow

➤ **Linker Bürgermeister will mehr Personal, Kitas und Wohnraum**

Die Wahl zur Bezirksverordnetenversammlung (BVV) in diesem Jahr hat DIE LINKE. zur stärksten Fraktion gemacht und es ermöglicht, einen linken Bürgermeister ins Amt zu bringen. Der Wahlausgang hat zugleich zur Folge, dass fünf Parteien, darunter auch die AfD, im Kollegialorgan Bezirksamt vertreten sein werden. Damit diese Konstellation nicht zu Dauerblockaden aus taktisch wechselnden Mehrheiten führt, hat die LINKE im Rahmen einer Zählgemeinschaft mit SPD und Grünen weit mehr als nur ein Wahlbündnis für die je eigenen Stadträte vereinbart.

In dieser Vereinbarung gibt es klare Schwerpunkte: Die Weiterentwicklung von Instrumenten der Bürgerbeteiligung und -information sowie die partizipative Planung neuer Wohnquartiere,

die vor allem der sozialen Wohnraumversorgung dienen sollen. Ihre Größe soll sich primär an Kriterien städtebaulicher Qualität statt an Wohnungszahlen orientieren.

Ein besonderes Augenmerk wollen und müssen wir auf das Umfeld der neu entstehenden Unterkünfte für Geflüchtete legen. Damit die Neuen mit den Alten von Anfang an in einen Modus guter Nachbarschaft kommen und miteinander statt übereinander reden.

Nicht zuletzt müssen wir gemeinsam mit dem Land Berlin Kitas und Schulen in ausreichender Zahl möglichst wohnortnah organisieren und den Sanierungsstau abbauen. Dies wird nur mit einer Verwaltung gelingen, in der es ausreichend Personal gibt. Erst dann kann man eine hohe Qualität

Schwerpunktthema

- **Linker Bürgermeister**
... weiter auf Seite 2
- **Clowns in der BVV**
... weiter auf Seite 3
- **USA auf Abwegen**
... weiter auf Seite 4
- **Mit dem Gesicht zum Volke**
... weiter auf Seite 5
- **R2G**
... weiter auf Seite 6 & 7

der Leistungserbringung als Regel auch durchsetzen.

Mit viel Elan und Gestaltungsfreude gehe ich in das Bürgermeisteramt. Ich freue mich dabei auf eine engagierte Begleitung durch die Pankowerinnen und Pankower.



Sören Benn
Bürgermeister
von Pankow

> **BVV-Resolution**

Auf der konstituierenden Sitzung der BVV am 27. Oktober stimmten Linke, Grüne, SPD, CDU und FDP – mit Ausnahme der AfD – für eine Resolution für ein vielfältiges Pankow. Mehr-



heitlich beschloss die BVV, sich für Rechtsstaatlichkeit, soziale Gerechtigkeit und Toleranz, für Geschlechtergerechtigkeit, gegen Rassismus und gegen alle Formen von Diskriminierung und Gewalt zu engagieren. Die Verordneten erinnerten an die schändliche Reichspogromnacht am 9. November 1938, an den 8. Mai 1945 als den „Tag der Befreiung“ und den 9. November 1989 als Höhepunkt der friedlichen Revolution.

Pankow ist Teil der Hauptstadt und Teil der Metropole Berlin und lebt von kultureller und ethnischer Vielfalt. Die BVV bekannte sich zur Integration geflüchteter Menschen, einem friedlichen Zusammenleben von Menschen aus unterschiedlichen Ländern, mit unterschiedlicher Hautfarbe und mit verschiedenen Religionen, einem gemeinsamen Miteinander von Menschen mit und ohne Behinderungen, gesellschaftlicher Teilhabe unabhängig von der wirtschaftlichen Lage, zur Gleichstellung von Frauen und Männern sowie von allen Menschen, egal welche sexuelle Identität sie haben. Diese Resolution trug die AfD nicht mit. Da sie Bezug auf nationalsozialistische Verbrechen nehme, sei sie „Ausdruck einer geschichtspolitisch aufgeladenen Ideologie“. Die AfD wolle sich „einer solch aufgeladenen Tonlage nicht bedienen“.

Bezirksamt und BVV konstituiert

> **Aus der Tagung der 1. BVV**

Im Rathaus Pankow fand am 28. Oktober die Ernennung des Bezirksbürgermeisters Sören Benn (LINKE) statt. Er war von der konstituierenden Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) im ersten Wahlgang mit 36 gegen 9 Stimmen gewählt worden. Mit

gunst der BVV am 16. November 2016 gewählt werden.

So hatte sich das Bezirksamt Pankow vorerst mit drei Mitgliedern konstituiert. Bezirksbürgermeister Sören Benn (LINKE) leitet die Abteilung Kultur, Finanzen und Personal mit dem Amt für Weiter-



Vereidigung des Bürgermeisters durch den Vorsteher der BVV

Quelle: Bezirksamt

ihm werden dem Bezirksamt Mitglieder aus fünf Parteien angehören, ein Novum in Berlin und eine besondere Herausforderung für Sören.

Vorausgegangen war am Vorabend die Konstituierung der BVV, die von der Alterspräsidentin Tina Pfaff (LINKE) eröffnet wurde. Zum Bezirksverordnetenvorsteher wählte die BVV Michael van der Meer auf Vorschlag der LINKEN, die mit 13 Mitgliedern die stärkste Fraktion in der BVV stellt.

Nach der Wahl des Bezirksbürgermeisters Sören Benn wurden Jens-Holger Kirchner (B'90/DIE GRÜNEN) als Stellvertretender Bezirksbürgermeister und Rona Tietje (SPD) als Bezirksstadträtin gewählt.

Ein Personalvorschlag der AfD fand keine Mehrheit. AfD und CDU beantragten daraufhin die Vertagung der Abstimmung über ihre Wahlvorschläge. Danach sollen die übrigen Bezirksamtsmitglieder auf Vorschlag von AfD und CDU zur nächsten ordentlichen Ta-

bildung und Kultur, dem Finanzservice/Steuerungsamt, den Beauftragten, der Pressestelle und dem Rechtsamt.

Stellvertretender Bezirksbürgermeister bleibt Jens-Holger Kirchner (B'90/DIE GRÜNEN). Zu seinem Bereich Stadtentwicklung und Bürgerdienste gehören das Straßen- und Grünflächenamt, das Stadtentwicklungsamt und das Amt für Bürgerdienste.

Rona Tietje (SPD) wird das Ressort Jugend, Wirtschaft und Soziales leiten. Ihr unterstehen das Sozial- und Jugendamt sowie die bezirkliche Wirtschaftsförderung. Die Abteilungen Umwelt und öffentliche Ordnung sowie Schule, Facility Management, Sport und Gesundheit sind personell noch nicht besetzt. Die kommissarische Leitung der noch nicht besetzten Ressorts wurde zunächst von den gewählten Bezirksamtsmitgliedern übernommen.

Matthias Zarbock
Fraktionsvorsitzender der
Linksfraktion in der BVV Pankow

Keine ganz normale Tagung

> Aus der Tagung der 2. BVV

Tagungen der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) sind auch im spannenden Bezirk Pankow nicht immer aufregend. Selbst für erfahrene Bezirksverordnete, die sich an verschiedene Formen des Protestes im Zuschauerbereich des Saales gewöhnt haben, bot die zweite Tagung der BVV am 16. November 2016 eine neue Erfahrung: Eine Gruppe Menschen in Clownskostümen bekundete ihre Sympathie für Spaßmacher (Plakat „All clowns are beautiful“) und erinnerten damit an den Übergriff des AfD-Bezirksamtskandidaten Nicolas Seifert auf einen ZDF-Reporter. Dieser Auftritt sollte nicht die einzige merkwürdige Premiere des Abends bleiben.

Schwerpunkt der BVV-Tagung war die Wahl der zwei noch nicht gewählten Mitglieder des Bezirksamtes. Nachdem die AfD vor der ersten BVV-Tagung ihren Kandidaten nicht in den Fraktionen vorgestellt hatte, fiel Nicolas Seifert im ersten Wahlgang in der ersten BVV-Tagung am 27. Oktober 2016 durch. Zum zweiten Wahlgang wurde er nun auf der zweiten BVV-Tagung erneut aufgestellt.

Vor der Abstimmung formulierte Matthias Zarbock, Fraktionsvorsitzender der Linksfraktion, die sachlichen Bedenken über die Eignung des Kandidaten: Dessen Auskünfte über seine Vorstellungen vom angestrebten Amt zeugten nicht von der nötigen Sachkunde. Der körperliche Angriff auf einen Journalisten im Clownskostüm hätten Zweifel daran bestätigt, ob Seifert als Dienstherr von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltung tragbar sei.

Auch die SPD formulierte schwere Vorbehalte gegen den Kandidaten. Obwohl damit viele Fragen im Raum standen, meldete sich weder die AfD-Fraktion noch deren Kandidat zu Wort. Stattdessen stellte die AfD den Antrag,



Clowneske BVV

die Öffentlichkeit auszuschließen. Auch das ist in den letzten Wahlperioden nicht passiert.

Bis zum fünften Wahlgang stellte die AfD ihren Kandidaten wieder und wieder auf. Stabil blieb die Ablehnung von mehr als zwei Drittel der in geheimer Wahl abgegebenen Stimmen. Die AfD wurde deshalb vom Vorsteher daraufhin hingewiesen, dass sie zwar das Vorschlagsrecht besäße, sich aber keine einfache Mehrheit für den Kandidaten abzeichne. Nach dem fünften Wahlgang wurde das Verfahren aufgehoben. Strittig war und blieb, ob die AfD den gleichen Kandidaten danach zur Wahl stellen darf oder ihr Vorschlagsrecht verliert. Der Vorsteher wird sich zur Klärung der Situation an die Bezirksaufsicht des Landes Berlin wenden.



Matthias Zarbock
Fraktionsvorsitzender der Linksfraktion in der BVV Pankow

> Stadtrat Kühne wiedergewählt

Mit 34 Ja-Stimmen wurde Dr. Torsten Kühne (CDU) am 16. November 2016 zum Stadtrat gewählt. Er wird die wichtigen Bereiche Schule, Sport, Gesundheit und Immobilien (Facility Management) verantworten. Kühne war seit 2011 Bezirksstadtrat für Verbraucherschutz, Kultur, Umwelt und Bürgerservice. Am 17. November 2016 wurde Kühne durch den Vorsteher vereidigt.

> Einwohnerfragen

Wie zu jeder regulären BVV-Tagung hatten auch diesmal Einwohnerinnen und Einwohner die Möglichkeit, Fragen an das Bezirksamt zu stellen. Themen waren die Auswirkungen des Zweckentfremdungsverbotes, die Planungen für den ehemaligen Güterbahnhof an der Greifswalder Straße und Maßnahmen zur Verkehrsberuhigung im Weißenseer Komponistenviertel. Die Beantwortung nahm Stadtrat Kirchner (Bündnis 90/Die Grünen) vor.

> Schulwegsicherung

Auf Initiative der CDU beschloss die BVV einmütig, dass das Bezirksamt Pankow ersucht wird, zu prüfen, wie die Schulwegsicherheit an der Jeanne-Barez-Schule in Französisch Buchholz insbesondere entlang der Hauptstraße und der Berliner Straße erhöht werden kann. Die Schülerinnen und Schüler müssen zum Teil mehrmals am Tag zwischen dem „gelben Schulteil“ in der Hauptstraße und dem „roten Schulteil“ in der Berliner Straße pendeln. Hierbei müssen sie mindestens einmal eine der beiden Straßen und entweder die Chamissostraße oder die Blankenfelder Straße queren. Alle genannten Straßen sind stark frequentiert.

Einladung BVV-Sitzung

am 14. Dezember 2016

> 3. Tagung der BVV Pankow
17:30 Uhr, wie immer im BVV Saal,
Haus 7, in der Fröbelstraße 17

USA auf Abwegen

> Das Ergebnis der US-Wahl wird Folgen haben auch in Europa

Es ist tatsächlich Realität geworden: Donald Trump wird der 45. Präsident der USA. Der Milliardär und Politikneuling ist eine schlechte Wahl, doch das Land erntet, was mit der Tea-Party-Bewegung gesät worden ist. Marco Ru-



Frostige Zeiten in Washington Foto: Stefan Liebich

bio, ausgeschiedener republikanischer Präsidentschaftskonkurrent, hat noch im Februar dieses Jahres gesagt, dass es nicht sein könne, dass ein Mann ins Rennen geschickt wird, der sich weder vom Ku-Klux-Klan noch von der

Theorie einer angeblichen „Weißen Vorrherrschaft“ distanziert. Jetzt ist dieser Mann Präsident geworden.

Die Folgen dieser Wahl werden auch wir in Deutschland und Europa in den nächsten Jahren zu spüren bekommen. Es ist für uns nicht egal, wer im Weißen Haus regiert. Und natürlich steht zu befürchten, dass die LePens, Wilders, Petry's und anderen Rechtspopulisten Morgenluft wittern.

Es wäre aus demokratischer Sicht erfolgversprechender gewesen, Bernie Sanders statt Hillary Clinton in das Rennen um die Präsidentschaft zu schicken, die vor allem über ihre umstrittenen Verbindungen zum US-Establishment und zur Wall Street sowie ihre Kriege in Libyen und im Irak definiert wird. Jetzt ist es an der Zeit, dass die Demokraten geschlossen für

Wahlkreisbüro Stefan Liebich

Breite Straße 11 A
13187 Berlin-Pankow
(gegenüber der Alten Pfarrkirche)
Ansprechpartnerin: Gabi Kuttner
stefan.liebich.ma04@bundestag.de
Tel.: 030.499 87 408



die Ideen kämpfen, die Sanders aufgezeigt hat. Trump hält unterdessen an zentralen Wahlkampfaussagen fest, will schnellstmöglich mehrere Millionen „Illegale“ aus seinem Land abschieben und die Grenzsysteme nach Mexiko massiv ausbauen. Die progressiven Kräfte in den USA stehen einer großen Herausforderung gegenüber.

Stefan Liebich
Mitglied des Bundestages

Kurz aus dem Kiez

> Geflügelpest

Damit es keine Geflügelpest in Pankow gibt, bittet das Ordnungsamt direkten Kontakt zwischen Menschen und Haustieren zu kranken oder toten Wildvögeln zu vermeiden. Wer tote oder kranke Wildvögel bemerkt, soll diese melden. Geflügelhalter werden aufgefordert, ihren Tierbestand anzuzeigen sowie derzeit die Kontaktmöglichkeiten von Geflügel in Freilandhaltung mit natürlichen Gewässern zu unterbinden.

> Lokales Soziales Kapital

Noch bis 20. Dezember können Ideen für das Programm Lokales Soziales Kapital beim Bezirksamt eingereicht werden. Es werden Mikroprojekte für

Kurz aus dem Kiez

gemeinwesenorientierte Aktivitäten gesucht, mit denen die soziale Integration und Beschäftigungsfähigkeit von besonders arbeitsmarktfernen Personen verbessert werden können.

> Kreuzgraben

Der Grünzug „Kreuzgraben“ in Niederschönhausen wird erweitert. Es erfolgt eine zusätzliche Erschließung von der Dietzgenstraße. Zudem wird eine Fußgängerbrücke über den Graben gebaut. Sie schließt am Spielplatz im westlichen Teil der Grünflächenanlage des Kreuzgrabens an. Im östlichen Bereich entsteht an der Fritz-Reuter-Straße eine Spiel- und Erholungsfläche. Die Fertigstellung ist für Mitte 2017 geplant. Die Baukosten betragen ca. 267.000 Euro.

Kurz aus dem Kiez

> Hand in Hand

Eed Be Eed (Hand in Hand) heißt die erste arabischsprachige Plattform für Berliner Geflüchtete. Sie informiert über Angebote für Geflüchtete, Lokalnachrichten, Geschichte, Kultur, Gesellschaft, Gesetze, Menschen-, Frauen- und Kinderrechte und Pflichten in Deutschland. Neben der Internetseite www.eedbeeed.de entstehen die Facebookgruppe <https://www.facebook.com/EedBeEed.de/> und ein youtube-Kanal. Die Initiative sucht Unterstützer*innen und Spender*innen. Ein Spendenkonto ist bei Pfefferwerk Stadtkultur gGmbH, Verwendungszweck: EedBeEed arabic multimedia platform, IBAN DE65 1002 0500 0003 0668 06, BIC BFSWDE33BER eingerichtet.

Viel zu tun

> Auf das Bezirksamt warten viel Herausforderungen

Pankow steht als wachsender Bezirk vor großen Herausforderungen. Der Zuzug in den Bezirk ist ungebrochen, überall wird gebaut. Bezahlbare Wohnungen fehlen genauso wie Schul- und Kitaplätze.

Auch politisch hat sich einiges verändert. DIE LINKE stellt mit Sören Benn den Bürgermeister. Fünf Parteien haben Anspruch auf ein Bezirksamtsmandat. Das ist berlinweit einzigartig. LINKE, Grüne und SPD haben deshalb nach der Wahl verhandelt, wie Pankow in zentralen Fragen zukünftig gestaltet werden soll.

Statt auf Quantität beim Wohnungsneubau setzen die Partnerinnen auf soziale Wohnraumversorgung und den Erhalt sowie die Verbesserung der Lebens- und Wohnqualität angrenzender Stadtquartiere. Ein Anteil von mindestens 30 Prozent der Wohnungen mit bezahlbaren Mieten für einkommensschwächere Menschen soll Voraussetzung für die Schaffung von Bau- und Planungsrecht sein.

Ein wachsender Bezirk muss die Infrastruktur mitdenken. Schul- und Bildungsangebote, ausreichend Kitaplätze gehören genauso dazu wie Grün- und Erholungsflächen. Beim Verkehr haben für LINKE, Grüne und SPD der öffentliche Personennahverkehr sowie der Fuß- und Radverkehr Vorrang.

Außerdem braucht ein wachsender Bezirk eine wachsende Verwaltung, damit Bürgeramt, Elterngeld- oder Kitagutscheinstelle zeitnah Anliegen von Bürgerinnen und Bürgern bearbeiten können. Schulbau und Grundsanierungen müssen organisiert werden. Dazu braucht es mehr Mittel für bauliche Unterhaltung und eine personelle Stärkung der Schulämter.

Konflikte zeichnen sich um die Zukunft des Güterbahnhofs an der Greifswalder Straße ab. Es soll sowohl sowohl an einer Bebauung



Greifswalder Straße, Ecke Michelangelostraße

festhalten als auch ein Grünzug bis zum Anton-Saefkow-Park ermöglicht werden. Hierzu soll es einen städtebaulichen Wettbewerb geben. Die Anwohner*innen-Initiative Thälmannpark sammelt weiter Unterschriften für einen Grünzug.

Die Michelangelostraße soll nur maßvoll verdichtet werden. Es soll begrünte Fassaden und Dachgärten sowie einen fast 100% sozialen Wohnungsbau und eine Mischung aus Kita, Schule, Einzelhandel, Grünflächen und Wohnen geben. **Sandra Brunner**
Stellv. Vorsitzende LINKE, Pankow

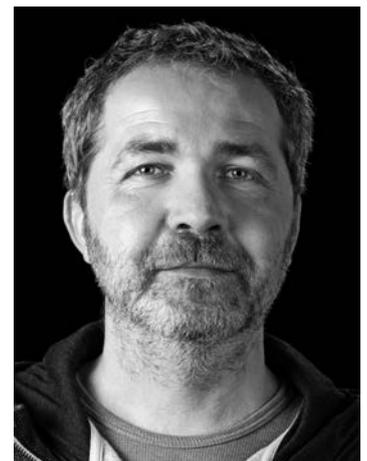
Mit dem Gesicht zum Volke

> Bürgermeister der LINKEN berichtet

Zu Beginn der Tagung der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) steht immer der Bericht des Bezirksamtes auf der Tagesordnung. Zum ersten Mal in dieser Funktion trat der neue Bezirksbürgermeister, Sören Benn (LINKE) ans Redepult. Als erstes zitierte er den DDR-Liedermacher Gerhard Schöne: „Mit dem Gesicht zum Volke. Nicht mit den Füßen in’ner Wolke.“ Ein schöner Leitspruch für das Amt. Benn berichtete von der Konstituierung des Bezirksamtes, aber auch schon von ersten Aufgaben und aktuellen Entwicklungen in Pankow. So wird die Errichtung von Containerunterkünften (so genannte „Tempohomes“) für Geflüchtete verspätet realisiert. Außerdem gibt

es Rechtsstreitigkeiten, wer die neuen Unterkünfte betreibt. Der Senat musste eine Neuausschreibung starten. Deshalb müssen weiterhin vier Turnhallen als Notunterkünfte genutzt werden. Für die Wiederherstellung der Turnhallen-Nutzung sind für drei freigezogene Standorte die Kosten ermittelt worden. Im Frühjahr werden die Bauarbeiten beginnen und zwei bis fünf Monate dauern.

Aktiv geworden ist das Bezirksamt bei der Information für Geflüchtete: Eine Informationsmappe mit Adressen, Ansprechpartnern und Formularen soll das Ankommen im Bezirk erleichtern und wird auch ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern zur Verfügung gestellt.



Sören Benn

Zuletzt berichtete Sören Benn von den Maßnahmen, die im Bezirk wegen der Geflügelpest ergriffen wurden. Keine alltägliche Angelegenheit.

Matthias Zarbock
Fraktionsvorsitzender der
Linksfraktion in der BVV Pankow

Wohnen ist Grundrecht

„Wohnen ist für uns ein Grundrecht“. So steht im Koalitionsvertrag von SPD, LINKEN und Grünen. Wir bekennen uns deshalb zum Gemeinwohlauftrag der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften und schließen deren Privatisierung aus. In der Landesverfassung soll dieser Ausschluss verankert werden.

Der Bestand an kommunalen Wohnungen soll bis 2025 durch Neubau und Ankauf um 100.000 auf mindestens 400.000 Wohnungen wachsen. Wir wollen jährlich mindestens 6.000 Woh-



nungen mit den sechs landeseigenen Gesellschaften in Berlin bauen, darunter bezahlbare, kleine, altersgerechte oder barrierefreie Wohnungen.

50 Prozent der Neubauwohnungen sollen an Menschen mit Wohnberechtigungsschein (WBS) gehen. Bei Wohnungen im Bestand, für die Neuverträge abgeschlossen werden, sollen sogar bis zu 60 Prozent an Haushalte mit WBS gehen.

Die Mieterhöhungen bei den städtischen Wohnungsbaugesellschaften dürfen um nicht mehr als zwei Prozent jährlich ansteigen. Maximal sechs – statt elf – Prozent der Modernisierungskosten dürfen umgelegt werden, und die neue Gesamtwarmmiete darf nicht höher sein als vor den Arbeiten. Die Mieten bei den städtischen Wohnungen werden gedämpft, bei den Sozialwohnungen sollen sie auf neuer gesetzlicher Grundlage ab 2018 gedeckelt werden.



Kleingärten werden besser geschützt und die Elisabeth-Aue bleibt frei.

Katrin Lompscher
Mitglied des Abgeordnetenhauses

Miteinander für Berlin

> **R2G: Solidarisch. Nachhaltig. Weltoffen.**

Gut sechs Wochen lang wurde verhandelt. Am 16. November, 15:58 Uhr, war es vollbracht: Der Koalitionsvertrag zwischen uns, SPD und Grünen stand. Auf gut 250 Seiten gemeinsamer Verabredungen und konkreter Vorhaben haben wir zusammen einen Plan geschmiedet, wie wir mit den drängendsten Fragen in der Stadt umgehen wollen und was rot-rot-grüne Antworten sein können. Auf das Ergebnis können wir als LINKE stolz sein, denn es findet sich dort viel von dem wieder, was wir schon in der Opposition konzeptionell vorbereitet hatten.

Wir haben bezahlbare Mieten auf die Prioritätenliste nach vorn gerückt und unterstrichen, dass die städtischen Wohnungsbaugesellschaften hier eine besondere Rolle spielen. Wieder finden sich auch unsere Vorschläge für Investitionen zum Abbau des Sanierungsstaus an Schulen. R2G, wie das schöne Kürzel für Rot-Rot-Grün lautet, wird in den nächsten Jahren erkennbar in die öffentliche Infrastruktur, in Schulen, Kitas, Krankenhäuser, Hochschulen und Polizeidienststellen, investieren, denn nur eine funktionierende Stadt kann auch eine soziale Stadt sein.

Außerdem steckt im Vertrag eine Vielzahl an Maßnahmen gegen Armut, für mehr Teilhabe, für Integration und bessere Bildung. Das meint nicht nur die Gemeinschaftsschule, dazu zählt auch, dass das Schulessen nicht teurer wird.

Es gab Themen, bei denen SPD, Grüne und wir bis zuletzt um Kompromisse gerungen haben. Mit dem Ergebnis, dass in dieser Legislaturperiode die Elisabeth-Aue nicht bebaut und zum Lärmschutz am BER mit Brandenburg und dem Bund über mehr Nachtruhe gesprochen wird: „Ziel ist es, regelmäßig zu Lärmpausen von sieben Stunden in der Nacht zu kommen“, heißt es konkret.

Nicht alles kann schon festgemauert im Koalitionsvertrag stehen, weil wir die Debatte in der Stadt und mit der Stadt

durchaus noch führen wollen. Das heißt auch, Bürgerinnen und Bürger nicht länger als Störenfriede zu betrachten. Denn wir haben der Stadt nicht nur einen Regierungswechsel versprochen, sondern einen Politikwechsel. Nicht alles wird



Berliner Abgeordnetenhauses

von heute auf morgen einzulösen sein. Und ohne Streit wird es zwischen SPD, Grünen und uns auch nicht laufen. Aber dass wir ernsthaft und gemeinsam für Berlin an einem Strang ziehen wollen, hat der Verhandlungsmarathon doch gezeigt. Deshalb möchte ich bei allen unseren Mitgliedern dafür werben, ihr „Ja“ zum Vertrag und einer rot-rot-grünen Regierung für Berlin zu geben.



Udo Wolf
Vorsitzender der Linksfraktion in Berliner Abgeordnetenhauses

BÜRGERBÜRO

**Elke Breitenbach –
Katrin Möller – Udo Wolf**

Erich-Weinert-Str. 6, 10439 Berlin
Telefon (030) 22 49 45 77



Berlin wird sozialer

➤ Rot-Rot-Grün will Wohnbedingungen für Hartz IV-Empfänger verbessern

Armutsbekämpfung und die Verbesserung gesellschaftlicher Teilhabe steht für die neue Koalition von SPD, LINKEN und Grünen ganz oben auf der Agenda.

Viele Haushalte, die auf Hartz IV angewiesen sind, liegen über den Richtwerten der Ausführungsvorschrift Wohnen (AV Wohnen). Sie bestimmt, welche Miete das Jobcenter übernimmt. Derzeit sind dies 364,50 Euro bruttokalt für einen Ein-Personen-Haushalt. Mieten, die diesen Richtwert überschreiten, werden oft nicht übernommen und daher gedeckelt.

Deshalb will Rot-Rot-Grün die AV Wohnen neu fassen. Vielen Menschen sollen in ihren Wohnungen verbleiben können. Der Wohnungsmarkt muss sich in den Richtwerten realistisch abbilden. In die Ermittlung der Richtwerte werden daher zukünftig auch mittlere Wohnlagen und kleinere, meist teurere Wohnungen unter 40 qm einbezogen. Zudem wird der Neuanmietungszuschlag von 20 Prozent über dem Richtwert fortgeschrieben, um Wohnungslosen und von Wohnungslosigkeit

bedrohten Menschen eine Anmietung von Wohnraum zu ermöglichen.

Zudem wird die Wohnungslosenhilfe in den Bezirken gestärkt. Dazu gehört die Aufstockung der Wohnungen im geschützten Marktsegment auf 2.500 und der Plätze in der Kältehilfe auf 1.000. Auch die Schuldnerberatungsstellen in den Bezirken sollen finanziell besser unterstützt werden.

Mit dem berlinpass können Menschen, die auf Transferleistungen angewiesen sind, vergünstigte Angebote im Kultur- und Freizeitbereich nutzen und das Berlin-Ticket-S erhalten. Die Koalition will die Ausgabe und Verlängerung des berlinpass erleichtern und entbürokratisieren. Darüber hinaus senken wir den Preis für das BVG-Sozialticket. Bisher müssen Berliner*innen dafür 36 Euro monatlich aufwenden. Im Hartz IV-Regelsatz sind jedoch nur knapp 25 Euro für Verkehr vorgesehen. Deshalb senken wir das Sozialticket auf diesen im Regelsatz enthaltenen Anteil. Außer-



dem wollen wir den Zugang zu Kultur und Bildung erleichtern. Deshalb setzt sich die rot-rot-grüne Koalition für eine kostenfreie Zeitspanne für Berlinerinnen und Berliner für den Besuch öffentlicher Museen in Berlin ein.

Schließlich wollen wir die Mobilitätsdienste, die für Menschen mit Behinderung da sind, ausbauen. Gleiches gilt für das Projekt der Stadtteilmütter. Dieses Erfolgsprojekt, in dem arbeitslose Mütter nicht-deutscher Herkunft zu zehn Themen wie Erziehung, Bildung und Gesundheit qualifiziert werden und anschließend andere Familien ihrer Communities besuchen, soll

ausgeweitet und für weitere Zielgruppen geöffnet werden



Elke Breitenbach
Mitglied des Abgeordnetenhauses

★ wann was wo ★ wann was wo ★ wann was wo ★ wann was wo ★

5. Dezember • 18 Uhr Basistag der Pankower Linken mit Stefan Liebich (MdB) im Rosa-Luxemburg-Saal des Karl-Liebnecht-Hauses, Kleine Alexanderstraße 28 (Nähe U Rosa Luxemburg Platz)

7. Dezember • 19 Uhr Lesung/Gespräch „Polens Rolle rückwärts“, Der Aufstieg der Nationalkonservativen und die Perspektiven der Linken, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1 (Nähe S Ostbahnhof)

10./11. Dezember • 10 Uhr 1. Tagung des 6. Landesparteitages DIE LINKE. Berlin, WISTA-Veranstaltungszentrum Adlershof, Rudower Chaussee 17 (Nähe S Adlershof)

12. Dezember • 18 Uhr Sitzung der Linksfraktion in der BVV Pankow im Fraktionszimmer

• **19 Uhr Diskussion/Vortrag „Herbert Marcuse, 1968 und der utopische Imperativ“**, Helle Panke e.V., Kopenhagener Straße 9 (Nähe S und U Schönhauser Allee)

13. Dezember • 18.30 Uhr „War Jesus ein Roter?“, Diskussion der LAG Betriebe und Gewerkschaft mit Bernd Riexinger, Parteivorsitzender DIE LINKE., Karl-

Liebnecht-Haus, Kleine Alexanderstraße 28 (Nähe U Rosa Luxemburg Platz)

14. Dezember • 18:30 Uhr Lesung/Gespräch „Stefan Heym – Der Unbequeme“, Lesung zum 15. Todestag, Rosa-Luxemburg-Stiftung, Franz-Mehring-Platz 1 (Nähe S Ostbahnhof)

19. Dezember • 19 Uhr Sitzung des Bezirksvorstandes im Bürgerbüro Breitenbach-Möller-Wolf

9. Januar • 18 Uhr Sitzung der Linksfraktion in der BVV Pankow im Fraktionszimmer

16. Januar • 18 Uhr Sitzung der Linksfraktion in der BVV Pankow im Fraktionszimmer

21. Januar • 10 Uhr, Wahlkreisvertreter*innenkonferenz der LINKEN. Pankow zur Nominierung des Direktkandidaten für den Bundestagswahlkreis 76

• **11 Uhr Bezirksvertreter*innenkonferenz der LINKEN.** Pankow zur Wahl der Vertreter*innen für die Landesvertreter*innenkonferenz

• **14 Uhr 4. Tagung der 5. Hauptversammlung DIE LINKE. Pankow** zur Nachwahl im Bezirksvor-

stand; alle Veranstaltungen finden im BVV-Saal, Fröbelstraße 17 statt.

23. Januar • 18 Uhr Sitzung der Linksfraktion in der BVV Pankow im Fraktionszimmer

DIE LINKE.
Bezirksverband Pankow

Fennstraße 2, 13347 Berlin
(S Wedding / U Reinickendorfer Str.)

Tel.: 030 440 17 780

Fax: 030 440 17 781

bezirk@die-linke-pankow.de

Linksfraktion in der BVV Pankow

Bezirksamt

Fröbelstr. 17, Haus 7, Raum 109

Tel: 030 42 02 08 73

Fax: 030 42 02 08 74

kontakt@linksfraktion-pankow.de



Stammtisch

> Saukalt

Kaum hatten wir Platz genommen, Getränke bestellt, begann Lena von ihrem Besuch auf dem Alex zu erzählen: „Das Wetter kennt ihr ja, nasskalt und windig. Viele Menschen, Verkaufsläden und reichliche Angebote zum Weihnachtsfest. Überrascht hat mich der große Trupp derer, die mit Wintermänteln, dicken Mützen und Handschuhen bekleidet waren und dennoch froren. Junge und alte Männer und Frauen.“

Manfred: „Sie führen ein sehr schweres Leben. Einige nennen sie ‚Penner‘, die ihre Situation selbst verschuldet hätten und die doch arbeiten gehen könnten“.

Anna meldet ihren Einspruch an: „Diese Verachtung mancher Mitmenschen ist unmenschlich. Es gibt in Deutschland immer noch viele Wohnungslose, die bspw. ihre Arbeit verloren haben. Das ist doch ein er-

zwungenes Los. Sie müssen von Unterstützung leben. Die reicht nicht für die tägliche Versorgung. Miete wird zuerst gestrichen.“

Klaus meldet: „In Berlin gibt es 3.000 bis 10.000 Wohnungslose. Diese Zahl ist so ungenau, weil es keine offizielle Statistik gibt. Auch das ist ein Zeichen tiefster Verachtung. Niemand braucht sie. Ab Dezember stehen in Berlin nur 700 Schlafplätze in der Kältehilfe zur Verfügung. Das reicht nicht. Unter Rot-Rot-Grün in Berlin soll die Zahl der Plätze auf 1.000 steigen und die Wohnungslosenhilfe verstärkt werden. Außerdem will die Koalition den Zugang benachteiligter Menschen – zum Beispiel von Menschen mit Behinderungen, alten Menschen und Geflüchteten – zur Gesundheitsversorgung verbessern.“

Ergänzung von mir: „Hierin sollten auch die Obdachlosen einbezogen werden. In Reden der Politiker steht oft der Satz ‚Deutschland ist ein reiches Land‘. Das gilt wohl nicht für die Obdachlosen?“

Diesmal kein Korn zum Abschluss, sondern Ramazzotti. Gegen die Saukälte.
Klaus Flemming

Impressum

Herausgeber: DIE LINKE.
Bezirksvorstand Berlin Pankow
Fennstraße 2, 13347 Berlin
Fon 44 01 77 80 / Fax 44 01 77 81

www.die-linke-pankow.de
redaktion@die-linke-pankow.de

V.i.S.d.P.: Katina Schubert

Redaktionsschluß: 18. November 2016
Satz+Druck: Bunter Hund, Berlin
Auflage: 4.000

Die nächste Ausgabe der extraDrei erscheint am 3. Februar 2017.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Kürzungen und stilistische Überarbeitungen von Zuschriften sind vorbehalten. Auch unverlangt eingesandte Berichte, Meinungen, Fotos usw. werden sorgfältig bearbeitet.

Fotos: Bezirksamt, Michael van der Meer, Büro Stefan Liebich, Linksfraktion im Abgeordnetenhaus, Sandra Brunner

Die **extraDrei** braucht Spenden!

Empfänger: DIE LINKE Berlin

Konto-Nr.: 43 84 81 68 00

BLZ: 100 200 00

Verwendungszweck: 810-505

Wir wünschen
allen Berlinerinnen und Berlinern
einen tollen Start ins nächste Jahr!

SUDOKU

mittel

Vitamine für's Gehirn

schwer

				7				
		3		4				
8			6			2		
3	1							
	7	4	3	9	8	5		6
				1	4		9	
4			1	6	3	7	5	
	3							
						1	3	

	9					8		3
		6						
	1		7			4		
1			3					2
						5	8	
				2	7			
		9	2			6		
6	2	1		3				
			9			2	5	

Jedes SUDOKU-Spielfeld besteht aus neun Quadraten, die jeweils in neun Felder eingeteilt sind. Insgesamt also 81 Kästchen, in die die Ziffern von eins bis neun einzutragen sind. In jeder Zeile und in jeder Spalte sowie in jedem Quadrat, einschließlich der vorgegebenen Zahlen, dürfen die Zahlen 1 bis 9 nur einmal vorkommen.